

## Niederschrift

über die Sitzung des Verbandsgemeinderates Hermeskeil am 14.09.2011, im  
Großen Sitzungssaal des Rathauses

---

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:40 Uhr

### Teilnehmer:

#### Vorsitzender

Hülpes, Michael

Bürgermeister

#### Mitglieder

Auler, Marlene

Auler, Willi

Barthen, Josef

Bernardy, Hermann

Bier, Hermann-Josef

Dersidan, Tiberius Dr.

Dietz, Georg

Eiden, Roland

Heck, Hartmut

Köhl, Thomas

Ludwig, Andreas

Mende, Bernd

Moser, Udo

Museler, Thomas

Palm, Theo

Philipp, Hans-Peter

Port, Paul

Roßmann, Uwe

Schuh, Heinz

Spies, Roswitha

Stimmler, Ursula

Streit, Anne

Weist, Andreas

Wellenberg, Franz-Joachim

#### auf Einladung

Köhl, Manfred

Kretz, Peter

Olinger, Raimund

Queck, Mathias Dr.

zu TOP 4

#### von der Verwaltung

Gorges, Stefan

Haubrich, Werner

Lorang, Hans-Peter

Schriftführer

## **Es fehlen:**

Becker, Beatrix  
Düpre, Max  
Eisenring-Schmitt, Ursula  
König, Christoph  
Muno, Ottmar  
Seimetz, Willi  
Spies, Rainer  
Weber, Marco

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung fest. Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung des Verbandsgemeinderates werden nicht erhoben.

Ratsmitglied Stimmler bittet darum, unter TOP 7 zwei Anmerkungen machen zu dürfen.

Es ergibt sich somit folgende

## **Tagesordnung:**

### **ÖFFENTLICHE SITZUNG:**

- TOP 1 Informationen des Bürgermeisters
- TOP 2 Flächennutzungsplanung, Teilbereich "Windenergie"  
Zustimmung zur Vergabe weiterer Planungsleistungen
- TOP 3 Fortschreibung des Flächennutzungsplans - Windenergieanlagen  
Vertragsentwurf "Solidarfonds Windenergie"
- TOP 4 Änderung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Hermeskeil  
Modernisierung der Biogasanlage Reinsfeld (an der B 52)
- TOP 5 Dorfentwicklung; Antrag BfB vom 29.08.2011
- TOP 6 Gebietsreform; Antrag der BfB vom 29.08.2011
- TOP 7 Verschiedenes

### **ÖFFENTLICHE SITZUNG:**

#### **TOP 1 Informationen des Bürgermeisters**

##### **1.1 Hochwald-Nachrichten**

Ab der kommenden Ausgabe von Rund um Hermeskeil (RuH) am 22.09.2011 (Nr. 38/2011), werden die Verbandsgemeinde, die Stadt, die Ortsgemeinden und die Zweckverbände eine eigene Seite innerhalb der Zeitung haben, für deren Inhalt die Verwaltung die Verantwortung trägt. Im Impressum ist als Herausgeber die Verbandsgemeindeverwaltung Hermeskeil benannt.

## **1.2 Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)**

Der Vorsitzende informiert darüber, dass zwischenzeitlich eine Ortsbürgermeisterdienstbesprechung stattgefunden hat. Nach Abstimmung des jeweiligen Konsolidierungsbeitrages mit der Kommunalaufsicht werden der Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde sowie der Verbandsgemeinderat kurzfristig über die Teilnahme der Verbandsgemeinde am KEF-RP beraten und beschließen.

## **1.3 Nahwärmeversorgungsprojekt Hermeskeil**

Als Betreiber des Nahwärmenetzes wäre die Verbandsgemeinde nach Auskunft des Vorsitzenden Beteiligter der noch zu gründenden Gesellschaft. Dies gilt für den Landkreis als Betreiber der Heizzentrale ebenso. Der Verbandsgemeinderat wird kurzfristig über die Teilnahme an diesem Projekt entscheiden.

## **1.4 Traumschleife „Dollbergschleife“**

Unter dem Hinweis auf die mit 65 Erlebnispunkten bewertete „Dollbergschleife“ dankt der Vorsitzende unter dem Applaus der Ratsmitglieder dem Wegewart Andreas Ludwig für die geleistete Arbeit. Die offizielle Eröffnung der Traumschleife findet am 05.10.2011 statt.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Roßmann erläutert der Vorsitzende, dass im Bereich der Ortsgemeinden Grimburg und Gusenburg eine weitere Traumschleife geplant ist. Aufgrund der Nähe zum „Saar-Hunsrück-Steig“ bittet der Vorsitzende darum, das weitere Vorgehen, auch bezogen auf eine mögliche Verlegung des „Saar-Hunsrück-Steiges“, im Wirtschaftsförderungsausschuss vorzubereiten.

## **1.5 Stromliefervertrag**

Nach Information des Vorsitzenden wurde die Option auf Verlängerung des Stromliefervertrages mit der RWE AG auf Empfehlung des Gemeinde- und Städtebundes, des Landkreises und verschiedener Bürgermeister gezogen. Dieser Entscheidung lagen neben der Zusage der RWE AG, ausschließlich aus regenerativen Energieträgern erzeugten Strom zu liefern, die guten Konditionen zu Grunde. Die Verlängerung des Vertrages war letztmalig möglich, weshalb zukünftig eine Ausschreibung erfolgen muss.

## **TOP 2 Flächennutzungsplanung, Teilbereich "Windenergie" Zustimmung zur Vergabe weiterer Planungsleistungen Vorlage: 30/277/2011**

Auf die Vorlage der Verwaltung sowie auf die ergänzende Tischvorlage wird Bezug genommen.

Ratsmitglied Roßmann weist auf die Beschlusslage im Verbandsgemeinderat hin und erwartet vor einer Beschlussfassung die Vorlage des beauftragten Windkraftgutachtens. Aus der Sicht der SPD-Fraktion besteht für die Vergabe weiterer Planungsaufträge kein Bedarf.

Darauf eingehend erläutert der Vorsitzende, dass die Kriterien „Artenschutz“ und „Landschaftsplanung“ im beauftragten Gutachten nicht enthalten sind. Durch den Landkreis sollen ausschließlich verbandsgemeindeübergreifende Kriterien beauftragt werden. Allerdings erscheinen die voraussichtlichen Kosten in Höhe von 100.000,00 € zu hoch.

Ratsmitglied Port richtet die Bitte an den Vorsitzenden, das Thema „Artenschutz“ nochmals mit dem Kreis zu besprechen. Aus seiner Sicht macht die Begutachtung dieses Kriteriums nur dann Sinn, wenn sie kleinflächig auf geeignete Standorte beschränkt wird. Die Beauftragung eines Gutachtens „Landschaftsbild“ über den Landkreis soll erst nach nochmaliger Kostenermittlung erfolgen. Ratsmitglied Port spricht sich aufgrund des vorliegenden Klärungsbedarfes für eine Vertagung des TOP aus. Zudem bittet er um Mitteilung des aktuellen Sachstandes bezüglich des vom

Verbandsgemeinderat beauftragten Windkraftgutachtens.

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Windkraftgutachten noch nicht vorliegt. In der nächsten Sitzung des Verbandsgemeinderates soll das Büro Bachtler, Böhme und Partner aus Kaiserslautern die vorhandenen Untersuchungsergebnisse vortragen.

Auch nach Meinung von Ratsmitglied Heck besteht die Notwendigkeit, nochmals Rücksprache mit dem Landkreis über die voraussichtlichen Kosten des kreisweiten Gutachtens zu halten. Zudem bittet er um Klärung, ob es staatenübergreifende Richtlinien innerhalb der Europäischen Union für den Artenschutz gibt.

Ratsmitglied Moser betrachtet die voraussichtlichen Kosten ebenfalls kritisch und ist gegen eine kreisweite Begutachtung.

Ratsmitglied Roßmann teilt die Meinung von Ratsmitglied Port und spricht sich ebenfalls für eine Vertagung der Entscheidung bis zur nächsten Sitzung des Verbandsgemeinderates aus. Dann soll auch das vorliegende Ergebnis des beauftragten Windkraftgutachtens vorgestellt werden. Ratsmitglied Port bittet in diesem Zusammenhang darum, ein Zwischenergebnis des Gutachtens vor der Sitzung der regionalen Planungsgemeinschaft vorzulegen.

Mit Zustimmung des Verbandsgemeinderates wird am Donnerstag, 06.10.2011, eine zusätzliche Sitzung stattfinden, in der über den aktuellen Stand des Gutachtens informiert wird. Auch eine Beschlussfassung zur heutigen Vorlage erfolgt erst in dieser Sitzung.

Ratsmitglied Barthen schlägt vor, zu prüfen, wie hoch die Kosten für die Verbandsgemeinde Hermeskeil in dem Fall sind, dass die Begutachtung der Kriterien „Artenschutz“ sowie „Landschaftsbild“ von der Verbandsgemeinde selbst beauftragt werden. Der Vorsitzende weist hierauf eingehend nochmals auf die Problematik der verbandsübergreifenden Kriterien hin.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Roßmann sagt der Vorsitzende eine Prüfung, ob die Kriterien „Artenschutz“ und „Landschaftsbild“ zwingend kreisweit ausgeschrieben werden müssen oder ob auch die Prüfung in einem nur für die Verbandsgemeinde zu erstellenden Gutachten möglich ist.

### **Beschluss:**

Der Verbandsgemeinderat vertagt den TOP auf die nächste Sitzung am 06.10.2011.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

### **TOP 3 Fortschreibung des Flächennutzungsplans - Windenergieanlagen Vertragsentwurf "Solidarfonds Windenergie" Vorlage: 30/281/2011**

Auf die Vorlage zu diesem TOP wird Bezug genommen.

Einleitend erläutert der Vorsitzende das zu Grunde liegende Finanzierungsmodell anhand einer Tabellenkalkulation. Zudem weist er darauf hin, dass in § 3 Nr. 5 des Entwurfes zwischen den Worten „Zahlungen“ und „für“ die Worte „unter 10.000,00 €“ eingefügt werden sollten. Der Verbandsgemeinderat zeigt sich hiermit einverstanden.

Ratsmitglied Roßmann teilt mit, dass die Reinsfelder SPD-Fraktion dem Vertragsentwurf zustimmen wird.

Nach Aussage von Ratsmitglied Port wird auch die BfB-Fraktion dem Entwurf zustimmen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass neben der sowieso schon beabsichtigten VG-Umlage-

Senkung durch die Erträge aus dem Solidarfonds eine weitergehende Senkung angestrebt werden soll.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die VG-Umlage-Senkung im Haushaltsjahr 2011 bei der Verbandsgemeinde Einsparungen in Höhe von 90.000,00 € notwendig machen. Hierzu wird Herr Lorang vom Fachbereich Finanzen in einer der nächsten Sitzung des Verbandsgemeinderates entsprechende Einsparvorschläge machen.

Der Verbandsgemeinderat zeigt sich vorab damit einverstanden, 25 v.H. aus den Einnahmen des Solidarfonds direkt an verbandsangehörige Gemeinden weiterzuleiten, auf deren Gemarkungen keine Vorrangbereiche für Windenergieanlagen ausgewiesen werden können.

Der Vorsitzende informiert, dass der Abschluss von Solidarfonds durch die Landesregierung empfohlen wird. Das kommunalrechtliche Problem des Einnahmeverzichts wird kommunalaufsichtlich nicht aufgegriffen, soweit dem Fonds eine freiwillige Teilnahme der Vertragspartner zu Grunde liegt. Der heutige Beschluss soll deshalb die grundsätzliche Zustimmung zum Solidarfonds zu Ausdruck bringen, um Signalwirkung für die Ortsgemeinden zu entfalten.

Ortsbürgermeister Olinger bittet um Klärung, ob und wie einzelne Vertragspartner aus dem Solidarfonds ausscheiden können, soweit eine freiwillige Abgabe von Windkrafteinnahmen nicht mehr gewünscht ist. Zudem soll geprüft werden, ob der freiwillige Einnahmeverzicht bei einem defizitären Haushalt untersagt werden kann.

Der Vorsitzende sagt für beiden Fragestellungen eine Klärung zu. Ergänzend verweist Herr Lorang auf die Regelungen des § 6 Satz 3 des Vertragsentwurfes.

Auf die Nachfrage von Ratsmitglied Roßmann, warum nach § 1 Absatz 2 des Entwurfs der Vertrag auf Photovoltaik- und Biomassenanlagen keine Anwendung findet, antwortet der Vorsitzende, dass im Bedarfsfall eine Vertragsergänzung möglich ist. Ratsmitglied Roßmann beantragt, in den Beschluss mit aufzunehmen, dass bei Bedarf Vertragsänderungen möglich sind.

Der Vorsitzende macht folgenden

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Verbandsgemeinderat stimmt dem vorgelegten Vertragsentwurf unter Berücksichtigung der genannten Änderungen grundsätzlich zu. Bei Entwicklungen im Bereich weiterer regenerativer Energien ist im Bedarfsfall die Änderung des Vertrages möglich.

Ratsmitglied Moser schlägt vor, Satz 2 des Beschlussvorschlages zu streichen. Hiermit zeigt sich Ratsmitglied Roßmann einverstanden, sofern eine Vertragsänderung tatsächlich möglich ist.

Auf Hinweis von Ratsmitglied Museler bittet der Vorsitzende darum, in § 3 Nr. 2 des Entwurfes das Wort „Erlös“ durch das Wort „Mehrerlös“ zu ersetzen.

#### **Beschluss:**

Der Verbandsgemeinderat stimmt dem vorgelegten Vertragsentwurf unter Berücksichtigung der genannten Änderungen grundsätzlich zu.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**TOP 4    Änderung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Hermeskeil**  
**Modernisierung der Biogasanlage Reinsfeld (an der B 52)**  
**Vorlage: 30/270/2011**

Einleitend bittet der Vorsitzende darum, die maximale Anlieferungsmenge von Abfallstoffen nicht auf „35 Tonnen“ festzuschreiben, sondern auf „maximal 10 bis weniger als 50 Tonnen“, wie in der Betriebsgenehmigung festgelegt.

Auf den Hinweis von Ratsmitglied Barthen, dass mehr Leistung auch mehr Beeinträchtigung bedeutet, entgegnet der Vorsitzende, dass die Mehrleistung durch neue Generatoren realisiert werden soll. Ratsmitglied Moser ergänzt, dass bei gleicher Einspeisemenge mehr Energie erzeugt werden soll, so dass nicht mit Mehrbelastungen zu rechnen ist.

**Beschluss:**

Der Verbandsgemeinderat schließt sich der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses der Verbandsgemeinde Hermeskeil an und fasst den Beschluss, dass die Eintragung einer Grunddienstbarkeit zugunsten privater Grundstückseigentümer auf der von der Fa. ZEUS angepachteten Fläche eingetragen wird. Die Grunddienstbarkeit soll zum Inhalt haben, dass künftige Erhöhungen der Durchsatzmengen und der elektrischen Leistung der Biogasanlage ohne Zustimmung der privaten Eigentümer nicht mehr durchgeführt werden können. Eine Festschreibung der elektrischen Energieleistung der Biogasanlage Reinsfeld hat auf max. 740 KW sowie der max. Anlieferungsmenge von Abfallstoffen auf maximal 10 bis weniger als 50 t zu erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**        23     Ja-Stimmen  
    2     Enthaltungen

Anschließend erteilt der Vorsitzenden Herrn Notar Dr. Queck das Wort.

Dr. Queck erklärt, dass ihm der Entwurf einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Firma ZEUS Betriebsgesellschaft mbH & Co. Reinsfeld KG und der Verbandsgemeinde Hermeskeil zur rechtlichen Prüfung vorgelegt wurde. Da die Verbandsgemeinde nur Planungsträgerin in diesem Verfahren ist, bestehen rechtlichen Bedenken gegen den Abschluss einer solchen Vereinbarung. Diese Einschätzung teilt auch der Gemeinde- und Städtebund. Anschließend geht Dr. Queck näher auf die Schwierigkeiten ein, die sich aus einer solchen Vereinbarung ergeben können und erläutert das beschlossene Modell der Eintragung von Dienstbarkeiten zugunsten privater Grundstückseigentümer. Hierzu wird auf die Vorlage zu diesem TOP verwiesen. Der Nachteil, dass nicht der Verbandsgemeinde, sondern den privaten Grundstückseigentümern subjektive Rechte aus der Vereinbarung zustehen, steht der Vorteil gegenüber, dass ohne die Zustimmung der Eigentümer keine Erhöhungen der Durchsatzmenge und der elektrischen Leistung der Biogasanlage möglich ist. Durch den Abschluss eines Nutzungsvertrages mit Datum vom 28.06.2004 zwischen der Ortsgemeinde Reinsfeld und der Firma ZEUS, mit gleichzeitiger Bestellung eines Erbbaurechtes zugunsten der Ortsgemeinde, hält Dr. Queck die Bestellung einer Dienstbarkeit zugunsten der Gemeinde nicht für notwendig.

Abschließend teilt der Vorsitzende mit, dass dem Verbandsgemeinderat kurzfristig eine Auflistung der privaten Grundstückseigentümer vorgelegt wird, die für die Eintragung der Dienstbarkeit in Frage kommen.

**TOP 5    Dorfentwicklung; Antrag BfB vom 29.08.2011**

Der Vorsitzende erteilt Ratsmitglied Port das Wort.

Ratsmitglied Port nimmt Bezug auf den Antrag der BfB-Fraktion vom 29.08.2011. Seiner Ansicht nach sollen die Dorfentwicklungspläne in eine Gestaltungssatzung aufgenommen werden, um Rechtssicherheit zu schaffen.

Der Vorsitzende unterstützt den Antrag der BfB-Fraktion und teilt mit, dass bereits der Termin für eine Fahrt zur Verbandsgemeinde Wallmerod festgelegt wurde, um vor Ort „Das Wallmeroder Modell“ zu begutachten.

### **Beschluss:**

Der Verbandsgemeinderat Hermeskeil beauftragt die Verbandsgemeindeverwaltung Hermeskeil entsprechende Projekte anderer Verbandsgemeinden zur Dorfentwicklung zu prüfen und dem Verbandsgemeinderat in einer der nächsten Sitzungen Vorschläge für ein entsprechendes Konzept, unter Hinzuziehung externen und kompetenten Sachverständigen, vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**        23     Ja-Stimmen  
    2     Enthaltungen

## **TOP 6    Gebietsreform; Antrag der BfB vom 29.08.2011**

Nach dem Eindruck des Vorsitzenden wird das Thema auf politischer Ebene erst seit der Landtagswahl Ende März 2011 wieder forciert. Der Kreistag Bernkastel-Wittlich hat zwischenzeitlich eine Resolution verabschiedet, wonach aus strukturellen Gründen Gebietsveränderungen zu Lasten des Landkreises widersprochen wird.

Ratsmitglied Port spricht sich dafür aus, die Wünsche und den Willen der Verbandsgemeinde in geeigneter Form zu publizieren. Anschließend fragt Ratsmitglied Roßmann an, welche Ortsgemeinden überhaupt für eine Reform zu Gunsten der Verbandsgemeinde in Frage kommen und worin der Vorteil für die Verbandsgemeinde liegt.

Der Vorsitzende erläutert, dass bisher die Bürgermeister Angsten, Verbandsgemeinde Kell am See, und Dellwo, Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf, angeschrieben worden sind. Mit Bürgermeister Dellwo hat daraufhin auch ein Gespräch stattgefunden. Die Verbandsgemeinde Hermeskeil sollte aus Sicht des Vorsitzenden ihre Chance auf die Bildung einer starken Verbandsgemeinde Hochwald, mit dem Mittelzentrum Hermeskeil, nutzen.

Aus Sicht von Ratsmitglied Moser liegt der Vorteil für die Verbandsgemeinde Hermeskeil darin, dass zukünftig nur in Verbandsgemeinden mit weitaus mehr Einwohnern wirtschaftlich Wachstum erzeugt werden kann.

Falls es dem Willen des Verbandsgemeinderates entspricht, kann auch bekannt gemacht werden, dass die Verbandsgemeinde offen für Gespräche mit einzelnen Gemeinden ist.

Nach einer kurzen Diskussion über Art und Umfang der Publikation fasst der Verbandsgemeinderat folgenden

### **Beschluss:**

Der Verbandsgemeinderat Hermeskeil beschließt, die angrenzenden Verbandsgemeinden Kell am See und Thalfang am Erbeskopf sowie die dazugehörigen Ortsgemeinden schriftlich einzuladen, mit der Verbandsgemeinde Hermeskeil in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, eine starke Verbandsgemeinde Hochwald zu bilden.

**Abstimmungsergebnis:**        einstimmig

## **TOP 7    Verschiedenes**

### **7.1    Neugestaltung Fußgängerzone**

Ratsmitglied Stimmler bittet um Applaus für alle, die zur positiven Veränderung der Fußgängerzone beigetragen haben. Der Verbandsgemeinderat klatscht Beifall.

### **7.2    Ebbes von Hei**

Ratsmitglied Stimmler bedauert, dass außer ihr kein Mitglied des Verbandsgemeinderates an der Regionaltagung „Ebbes von Hei – Wertschöpfung durch Wertschätzung“ teilgenommen hat.

### **7.3    Stromliefervertrag**

Ratsmitglied Port kritisiert, dass ein Angebot der RWE AG aus dem Mai 2011 erst am 23.08.2011 bei der Ortsgemeinde Neuhütten vorgelegen hat. Zudem ist seiner Ansicht nach eine Vertragsverlängerung durch den Verbandsgemeinderat zu beschließen. Es wird der Antrag gestellt, für die übernächste Verbandsgemeinderatssitzung den TOP „Stromliefervertrag“ aufzunehmen.

Der Vorsitzende weist nochmals auf das günstige Angebot der RWE AG hin. Aufgrund des hohen Aufwandes und der fehlenden Fachkompetenz muss aus Seiner Sicht ein Fachbüro beauftragt werden.

Ratsmitglied Bier kritisiert ebenfalls die drei-monatige Wartezeit, bis die Verwaltung der Ortsgemeinde Neuhütten das Schreiben der RWE AG hat zukommen lassen. Zudem soll unbedingt auf die Nutzung erneuerbarer Energien geachtet werden.

Auch Ratsmitglied Moser beanstandet das Vorgehen der Verwaltung, da er sich als Stadtbürgermeister von einem Tag auf den anderen zu dem Angebot der RWE AG äußern sollte.

Darauf eingehend erklärt der Vorsitzende, dass er mit dieser Situation nicht zufrieden ist und sagt Recherchen im Hause zu. Die Möglichkeit einer Bündelausschreibung muss zukünftig noch geprüft werden.

Vorsitzender

Schriftführer